

Fritz Schebeck

Österreichs Wirtschaft in der ersten Hälfte der neunziger Jahre

Prognose bis 1994

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist die Wirtschaft in Österreich langsamer gewachsen als in OECD-Europa. Der Konjunkturaufschwung, der 1983 in Westeuropa eingesetzt hatte, erfaßte sie mit deutlicher Verzögerung. Erst 1988 und 1989 konnte der vorwiegend in den vorangegangenen zwei Jahren entstandene Wachstumsrückstand mit überdurchschnittlichen Expansionsraten zu einem erheblichen Teil aufgeholt werden. Ursache für das Zurückbleiben waren zum Teil Struktur-schwächen, die durch die Krise der Verstaatlichten Industrie erheblich verschärft wurden. Darüber hinaus belastete der Wertverlust des Dollars die Kostenposition der Hartwährungsländer im internationalen Wettbewerb. Gemessen am real-effektiven Wechselkurs wertete der Schilling 1986 und 1987 deutlich auf (export- und importgewichtet ohne Jugoslawien im Durchschnitt +4,8% pro Jahr). Mit der Neuordnung der Verstaatlichten Industrie und vermutlich auch Strukturverbesserungen in anderen Bereichen der Wirtschaft konnten sich 1988 und 1989 die Wachstumskräfte auf breiter Basis entfalten. Unterstützend wirkten überdies der nachgebende (real-effektive) Wechselkurs und die Steuerreform. Auch die Bundesrepublik Deutschland verzeichnete in diesen Jahren tendenziell ähnliche, jedoch kleinere Wachstumsabweichungen gegenüber dem westeuropäischen Durchschnitt.

Die vorliegende mittelfristige Pro-

In den letzten zwei Jahren hat die österreichische Wirtschaft in einem „Nachholprozeß“ verlorenes Terrain im Wachstumsvergleich mit Westeuropa wiedergewonnen. Für die erste Hälfte der neunziger Jahre ist mit dynamischer Entwicklung der Exporte, kräftigem Wachstum des privaten Konsums und lebhafter Investitionstätigkeit zu rechnen. Das reale Brutto-Inlandsprodukt wird im Durchschnitt um rund 3% pro Jahr und damit etwa gleich rasch wie in OECD-Europa wachsen. Das Leistungsbilanzdefizit wird etwa 0,3% des BIP betragen. Die Arbeitslosenrate wird nur allmählich zurückgehen, die Inflationsrate dürfte nicht mehr steigen und knapp unterhalb 3½% bleiben. Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes wird planmäßig fortgesetzt werden.

gnose stützt sich auf die jüngste WIFO-Prognose für die Weltwirtschaft (Schulmeister, 1990) und nimmt auf die kurzfristige WIFO-Prognose für 1990 vom Dezember 1989 Bedacht. Sie wurde mit Hilfe des makroökonomischen WIFO-Modells erstellt.

Die österreichische Wirtschaft wird in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit der Aufwärtsentwicklung in OECD-Europa Schritt halten, das reale Brutto-Inlandsprodukt wird im Durchschnitt jährlich um 3% wachsen. In der Bundesrepublik Deutschland wird die Wachstumsdynamik voraussichtlich infolge der Impulse aus der angestrebten deutsch-deutschen Währungs- und Wirtschaftsunion (Kramer — Stankovsky, 1990) und wohl auch durch die heuer vollzogene

dritte Etappe der Steuerreform stärker ausgeprägt sein.

Die österreichischen Unternehmen werden ihre kosten- und preisbestimmte Wettbewerbsposition im internationalen Austausch von Gütern und Dienstleistungen wahren können; im Warenexport ist mit leichten Marktanteilsgewinnen zu rechnen. Die Inlandsnachfrage wird sich sowohl auf die Kaufkraft der privaten Haushalte — sie verfügen noch über Reserven aufgrund der Steuerreform — als auch auf eine eher lebhaftere Investitionstätigkeit stützen.

Gemäß dem internationalen und nationalen Prognoseszenario werden weder vom Ausland noch vom Inland Impulse ausgehen, die den Preisauftrieb beschleunigen. Die Inflationsrate wird sich voraussichtlich nicht weiter erhöhen und bis 1994 im Durchschnitt kaum 3½% pro Jahr erreichen.

Die Terms of Trade werden sich etwas verschlechtern, und die Leistungsbilanz dürfte im Durchschnitt ein Defizit von 0,3% des BIP ausweisen.

Da das Arbeitskräfteangebot elastisch auf den Anstieg der Beschäftigung reagieren wird, ist mit einem nur langsamen Rückgang der Arbeitslosenrate zu rechnen (4,6% im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1994).

Das prognostizierte Wirtschaftswachstum — das nominelle BIP wird voraussichtlich um 6½% pro Jahr zunehmen — begünstigt tendenziell die weitere Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Das Konsolidierungsziel

Entwicklung wichtiger Wirtschaftszielgrößen

Übersicht 1

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1989	Ø 1989/1994
	Jährliche Veränderung in %			
<i>OECD-Europa</i>				
Brutto-Inlandsprodukt real	+2,5	+1,6	+3,2	+3,1
<i>Österreich</i>				
Brutto-Inlandsprodukt, real	+2,9	+1,6	+2,8	+3,0
Deflator des privaten Konsums	+6,4	+5,4	+1,8	+3,4
Arbeitslosenrate in %	1,9	3,6	5,3	4,6
Leistungsbilanz in % des BIP	-1,4	-0,6	-0,1	-0,3

könnte ohne einschneidende restriktive Wirkungen für die Gesamtwirtschaft erreicht werden, obschon stärkere Umschichtungen als bisher in der Budgetstruktur erforderlich sein könnten

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Budgetpolitik

Die Prognose unterstellt, daß das im Arbeitsübereinkommen der Regierungsparteien festgelegte Konsolidierungsziel (Senkung des Nettodefizits im Bundeshaushalt bis zum Jahr 1992 auf 2% des BIP) erreicht wird. Danach dürfte der Konsolidierungskurs grundsätzlich weiter verfolgt, vermutlich aber flexibler und auch mit Rücksicht auf die konkrete Konjunkturlage gestaltet werden. Über Maßnahmen, die in der nächsten Legislaturperiode gesetzt werden dürften (zweite Etappe der Steuerreform, Änderung indirekter Steuern, Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen), werden keine Annahmen getroffen

Die Fortsetzung der bisher erfolgreichen Budgetsanierung wird auf gewisse Probleme stoßen. Erlöse aus Vermögensveräußerungen stehen in geringerer Höhe als in der Vergangenheit zur Verfügung. Eine Analyse der Ausgaben nach funktionellen und ökonomischen Kriterien (Lehner, 1989) zeigt, daß die Entwicklungstrends wichtiger Ausgabenbereiche mittelfristig kaum fortgesetzt werden können. Die Gestaltung des Budgets wird sich daher mit der Veränderung der Ausgabenstruktur befassen müssen

Anpassung an Erfordernisse des EG-Binnenmarktes

Derzeit ist noch nicht abzusehen, wann der von Österreich angestrebte Beitritt zur EG vollzogen wird. Die

vorliegende Prognose unterstellt noch keine unmittelbaren Auswirkungen eines formellen Beitritts, mit dem nach derzeitigem Ermessen frühestens zum Ende des Vorhersagezeitraums gerechnet werden kann

In mehreren Bereichen sind bereits Anpassungsvorgänge im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes eingeleitet worden, die

Der Konsolidierungskurs im Bundeshaushalt wird weiter verfolgt werden, im Budget könnten jedoch Änderungen der Ausgabenstruktur erforderlich werden. Mit weiteren Anpassungsmaßnahmen an die Erfordernisse des EG-Binnenmarktes ist zu rechnen.

weitergeführt und intensiviert werden. Solche Anpassungen sind ungeachtet der Tatsache und des Zeitpunktes eines Beitritts erforderlich, um nicht im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen zu geraten; sie stärken überdies die Verhandlungsposition Österreichs gegenüber der EG und verringern den Anpassungsbedarf sowie temporäre Nachteile einer Übergangsphase im Beitrittsfall.

Auf den österreichischen Finanzmärkten ist die Liberalisierung und Deregulierung in letzter Zeit zügig vorangekommen. Der rechtliche Rahmen wird EG-orientiert weiter angepaßt. In den letzten Jahren ist die Internationalisierung des Bankwesens rasch vorangeschritten, dennoch stehen die österreichischen Banken vor einer Neuordnung ihrer Geschäftsziele (siehe dazu Handler — Schebeck, 1990).

Die Oesterreichische Nationalbank hält an der konsequenten Hartwährungspolitik, die einen hohen Grad an Glaubwürdigkeit erreicht hat, fest. Eine Assoziierung zum Europäischen Währungssystem wird erwogen.

In manchen anderen (noch) geschützten Sektoren und Nischen der Wirtschaft werden Regulierungen und Wettbewerbsbarrieren nur zögernd zurückgenommen. Hier liegen Potentiale für Preissenkungen und Effizienzsteigerungen (z. B. im Handel; Guger — Pollan — Wüger, 1990), die sowohl den Konsumenten als auch den Unternehmen im exponierten Sektor über geringere Vorleistungspreise zugute kämen.

In zwei Bereichen besteht in Österreich ein erheblicher und wettbewerbsbeeinträchtigender Rückstand gegenüber den hochentwickelten europäischen Industrieländern: in der Internationalisierung durch Direktinvestitionen im Ausland (Pichl, 1989, Beirat, 1989) und in den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (Leo — Volk, 1990). Die Direktinvestitionen im Ausland haben sich in den letzten Jahren belebt, und auch die Öffnung und Umgestaltung der Volkswirtschaften Osteuropas bietet neue Chancen, die nach ersten Anzeichen genutzt werden dürften. Hingegen stagniert die Forschungs- und Entwicklungsquote (Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP) seit Anfang der achtziger Jahre und fällt dadurch im internationalen Vergleich zusehends zurück. Die nahe Möglichkeit der Teilnahme Österreichs an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der EG wird vermutlich Impulse für eine Erhöhung der eingesetzten Mittel geben.

In der staatlichen Wirtschaftsförderung besteht noch beträchtlicher Anpassungsbedarf an die EG-Regeln. Der Barwert der Direktförderungen war überwiegend infolge der Subventionen an die Verstaatlichte Industrie und an die Landwirtschaft von 0,8% (1980) auf 2,2% des BIP (1987) gestiegen. Seither konnte die Direktförderung (bezogen auf das BIP) wieder auf das Niveau von Anfang der achtziger Jahre zurückgenommen werden. Ein EG-konformes Förderungssystem wird sich stärker auf ökonomische Fundierung und bessere Koordination der Förderungen stützen müssen (Szopo, 1990).

Welthandel und Exporte der Industrieländer werden bis 1994 real im Durchschnitt um 6,3% pro Jahr zunehmen. Angesichts der Dynamik in Westeuropa könnte das Wachstum

Leistungsbilanz

Übersicht 2

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1989	Ø 1989/1994
	Jährliche Veränderung in %			
Warenexporte ¹⁾				
Real	+ 8,8	+ 6,0	+ 5,8	+ 7,2
Nominell	+ 12,5	+ 9,4	+ 5,1	+ 10,5
Deviseneingänge Reiseverkehr				
Real	+ 0,9	+ 0,3	+ 5,3	+ 4,9
Nominell	+ 8,2	+ 5,6	+ 5,9	+ 8,6
Warenimporte ¹⁾				
Real	+ 5,4	+ 3,4	+ 6,3	+ 6,5
Nominell	+ 11,8	+ 8,1	+ 4,8	+ 10,0
Devisenausgänge Reiseverkehr				
Real	+ 9,1	+ 1,4	+ 8,9	+ 4,2
Nominell	+ 14,8	+ 6,0	+ 10,4	+ 7,5
	Mrd S			
Handelsbilanz ¹⁾	- 52,3	- 77,3	- 72,4	- 109,7
Leistungsbilanz	- 11,1	- 6,3	- 1,9	- 5,9

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

der österreichischen Absatzmärkte etwas höher ausfallen. Die österreichischen Exporteure werden ihre preisbestimmte Wettbewerbsposition voraussichtlich behaupten und die nicht durch Preisfaktoren bestimmte Wettbewerbsfähigkeit vermutlich wei-

Entwicklung der Außenwirtschaft

ter verbessern können. Die Marktanteils Gewinne dürften allerdings im Zeitverlauf kleiner werden.

In der Wechselkursentwicklung zeichnen sich im Vorfeld der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion von Unsicherheiten geprägte Schwankungen ab, die mit ökonomischen Grunddaten nicht erklärbar sind, die Außenhandelsentwicklung aber beeinflussen könnten.

Exporteure von Investitionsgütern werden von der Investitionstätigkeit in der DDR profitieren, welche von der Bundesrepublik Deutschland getragen wird und dort Kapazitätsengpässe verstärken könnte. Auch in anderen Staaten Osteuropas werden – zunächst noch verhalten – die Absatzchancen für Investitions-, aber auch für Konsumgüter steigen. Ab 1993 könnte die Vollendung des EG-Binnenmarktes – solange Österreich nicht daran teilnimmt – aufgrund integrationsbedingter handelsumlenkender Effekte die Ausfuhr etwas beeinträchtigen.

Die Expansion und Struktur der Nachfrage dürfte das Volumen der Güterimporte jährlich um 6½% und

damit langsamer als die Ausfuhr (+7,2%) wachsen lassen.

Mittelfristig wird sich die Zahl der Nächtigungen im *Ausländerreiseverkehr* weniger dynamisch entwickeln als die internationale Nachfrage nach touristischen Leistungen. Gemessen an den Einnahmen sollte der Marktanteil aber gehalten oder sogar leicht gesteigert werden können, sofern es der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft gelingt, den steigenden Ansprüchen der Touristen an Qualität und intakte Umwelt gerecht zu werden (siehe dazu *Smeral*, 1990). Die Einnahmen von Besuchern aus Osteuropa – sie werden überwiegend Billigquartiere aufsuchen – werden in nächster Zeit noch nicht ins Gewicht fallen.

Exporte und Importe i w S. werden (zu konstanten Preisen) im Durchschnitt des Prognosezeitraums mit annähernd gleicher Rate (pro Jahr +6¼%) und doppelt so stark steigen

wie die Produktion der Gesamtwirtschaft.

Bei nur geringfügiger Verschlechterung der Terms of Trade dürfte der Importüberschuß im Warenhandel (laut Außenhandelsstatistik) im Durchschnitt fast 110 Mrd S im Jahr betragen; das Defizit der *Leistungsbilanz* wird mit etwa 6 Mrd S oder 0,3% des BIP keine alarmierende Höhe erreichen.

Inlandsnachfrage

Die reale inländische Endnachfrage wird von kräftigem Konsumwachstum und lebhafter Investitionstätigkeit getragen sein.

Die Einkommen der privaten Haushalte unterliegen nach der fühlbaren Entlastung, welche die Steuerreform im Jahr 1989 gebracht hat, nun wieder stärkerer Besteuerung. Der neue Steuertarif impliziert für den Großteil der Einkommen eine steilere Progression, Aushöhlungsmöglichkeiten wurden weitgehend ausgeschaltet. Die Aufkommenselastizität der Lohn- und Einkommensteuer ist daher höher als vor der Reform. Infolge der überproportional steigenden Steuerleistungen werden die verfügbaren Einkommen etwas gedämpfter wachsen als die Bruttoeinkommen.

Die Prognose der realen Zunahme der Ausgaben für *privaten Konsum* impliziert, daß die Sparquote der Haushalte von ihrem Höchstwert im Jahr 1989 (14½%) in den nächsten fünf Jahren mit abnehmender Geschwindigkeit wieder auf einen „Normalwert“ oder „Gleichgewichtswert“ sinkt; demnach würde die Sparquote 1994 etwa 10,3% erreichen. Modellschätz-

Komponenten der realen Nachfrage

Übersicht 3

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1989	Ø 1989/1994
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+3,2	+1,7	+2,8	+3,0
Öffentlicher Konsum	+3,9	+1,9	+0,9	+1,1
Brutto-Anlageinvestitionen	+1,1	-0,1	+4,6	+4,3
„Privater“ Sektor	+1,0	+0,2	+5,5	+4,5
Inländische Endnachfrage	+2,8	+1,3	+2,9	+3,0
Lagerveränderung und statistische Differenz				
	Mrd S			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+2,7	+1,3	+3,2	+3,0
Exporte i w S.	+7,0	+4,8	+4,7	+6,3
Importe i w S.	+6,0	+3,9	+5,7	+6,2
Brutto-Inlandsprodukt	+2,9	+1,6	+2,8	+3,0
Nominell	+9,1	+6,6	+5,6	+6,5

Arbeitsmarkt, Einkommen
Übersicht 4

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1989	Ø 1989/1994
	Jährliche Veränderung in %			
Unselbständig Beschäftigte	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,9
„Privater“ Sektor	+ 0,5	- 0,6	+ 0,6	+ 0,8
Arbeitslose	+ 10,4	+ 16,2	+ 1,7	- 2,0
Arbeitslosenrate	in % 19	36	53	46
Arbeitsproduktivität ¹⁾	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2
„Privater“ Sektor	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4
Brutto-Lohn- und -Gehaltssumme	+ 11,0	+ 6,0	+ 5,2	+ 6,8
Unternehmereinkommen und unverteilte Gewinne	+ 7,9	+ 7,8	+ 7,3	+ 6,2
Lohnsumme je Beschäftigten				
Öffentlicher Sektor	+ 8,6	+ 5,2	+ 2,4	+ 5,1
„Privater“ Sektor	+ 10,1	+ 6,3	+ 4,8	+ 6,1
Lohnstückkosten im „privaten“ Sektor	+ 7,7	+ 4,1	+ 2,3	+ 3,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 10,5	+ 6,6	+ 6,5	+ 5,5
Sparquote	in % 9,8	8,9	12,4	11,3

¹⁾ Produktion je unselbständig Beschäftigten

zungen ermitteln — abhängig vom Einkommenswachstum — für Österreich eine „Gleichgewichts“-Sparquote von 9½% bis gut 10%

Gegen das Ausmaß der Verringerung der Sparquote könnte man argumentieren,

- daß steigende Einkommen den Wohlstand erhöhen und daher die durchschnittliche Konsumneigung sinkt,
- daß die Erwartungen in bezug auf die Entwicklung des Pensions- und Gesundheitssystems zu höherer Eigenvorsorge anregen (über die künftige Bedeutung der Pensionskassen im Altersvorsorgesystem und über die Verbuchung der Beiträge im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gibt es derzeit noch keine klaren Vorstellungen),
- daß höhere Zinsen den Aufbau von Finanzvermögen attraktiver machen als Konsumieren

Sollten solche Argumente relevant werden, dann wäre die vorliegende Prognose für das Konsumwachstum eine Obergrenze.

Der laufende Investitionszyklus dürfte nicht rasch zu Ende gehen. Dafür spricht, daß die Kapazitäten durch das erwartete Wachstum der Gesamtwirtschaft eher hoch ausgelastet bleiben werden. Neben Erweiterungsinvestitionen wird auch der Bedarf an Technologie-Erneuerung und an Rationalisierung zu decken sein. Überdies dürften umweltentlastende und umweltverbessernde Investitionen im privaten Sektor einen größeren Stellenwert erhalten. Die Investitionsbe-

reitschaft wird durch eine befriedigende Ertragslage der Unternehmen, aber auch durch die günstigere Unternehmensbesteuerung aufgrund des neuen Steuersystems gefördert werden. Kapazitätsengpässe im Produktionsfaktor Kapital dürften in nennenswertem Ausmaß nicht auftreten.

Die Entwicklung der Realzinsen bedeutet allerdings einen Unsicherheitsfaktor für die Investitionsprognose. Derzeit spricht einiges dafür, daß, bestimmt von der Politik der Deutschen Bundesbank, das Zinsniveau in nächster Zeit hoch bleiben wird. Sollten die Absatz- und Ertragserwartungen der Unternehmen nicht erheblich höher zu veranschlagen sein als die erwarteten Belastungen durch Finanzierungskosten, ist mit gedämpfterem Investitionsverlauf zu rechnen.

Kräftige Investitionsimpulse (vor

allem für die Bauwirtschaft und für den Verkehrssektor) sind in den nächsten Jahren aus der Vorbereitung auf die gemeinsame Weltausstellung Wien-Budapest im Jahr 1995 zu erwarten. Darüber hinaus besteht erheblicher Bedarf an Investitionen der öffentlichen Hand in den Umweltschutz. Aus diesen Gründen wird auch eine Belebung der öffentlichen Investitionen erwartet; sie dürften gegen Ende der Prognoseperiode eine reale Zuwachsrate von 4% erreichen.

Mit der Umgestaltung in Osteuropa sollte auch die Befürchtung, Österreich sei wegen seiner Randlage zu Westeuropa und zum EG-Binnenmarkt für ausländische Investoren nicht attraktiv, an Bedeutung verlieren.

Arbeitsmarkt

Die Produktivität je unselbständig Beschäftigten dürfte zwischen 1990 und 1994 um 2,2%, im privaten Sektor um fast 2½% pro Jahr steigen. Je Arbeitsstunde ergibt sich eine Rate von nahezu +3%, da die Arbeitszeit wegen vermehrter Teilzeitbeschäftigung und branchenspezifischer Regelungen tendenziell weiter sinken wird.

Die Zahl der *unselbständig Beschäftigten* wird um knapp 1% pro Jahr wachsen. Das Angebot an unselbständigen Arbeitskräften wird elastischer auf die Nachfrage reagieren, als noch vor kurzer Zeit aufgrund der demographischen Entwicklung angenommen werden konnte. Über die steigende Frauenerwerbsbeteiligung

Deflatoren
Übersicht 5

	Ø 1973/1979	Ø 1979/1985	Ø 1985/1989	Ø 1989/1994
	Jährliche Veränderung in %			
Privater Konsum	+6,4	+5,4	+1,8	+3,4
Öffentlicher Konsum	+8,3	+5,4	+3,4	+3,7
Brutto-Anlageinvestitionen	+5,7	+4,7	+2,6	+3,3
Exporte i. w. S.	+4,7	+4,0	+0,3	+3,1
Waren ¹⁾	+3,4	+3,3	-0,6	+3,1
Reiseverkehr	+7,2	+5,3	+2,5	+3,5
Importe i. w. S.	+6,1	+4,7	-0,8	+3,2
Waren ¹⁾	+6,1	+4,5	-1,5	+3,3
Reiseverkehr	+5,1	+4,5	+1,3	+3,2
Brutto-Inlandsprodukt	+6,1	+4,9	+2,7	+3,3
Terms of Trade				
Waren und Dienstleistungen	-1,3	-0,6	+1,1	-0,1
Warenverkehr ¹⁾	-2,6	-1,2	+0,9	-0,2

¹⁾ Laut Außenhandelsstatistik

hinaus werden nun Zuwanderer (und wohl auch Einpendler) aus den osteuropäischen Staaten die Flexibilität des Arbeitskräfteangebotes erhöhen. Die Arbeitslosenrate wird daher nur langsam sinken.

Demographische Faktoren begünstigen die Beschäftigungsaussichten Jugendlicher; das Angebot an Lehrlingen bleibt hinter der Nachfrage zurück. Der Sockel an Langzeitarbeitslosen könnte noch größer werden, er dürfte sich ohne zielführende Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung nicht verringern lassen.

Von der Struktur der Qualifikation her ist in manchen Berufen mit anhaltender Anspannung zu rechnen, weil Angebot und Nachfrage auseinanderklaffen. Hier besteht sowohl im öffentlichen Ausbildungswesen als auch in den Betrieben selbst Anpassungsbedarf.

Die Reallöhne je Beschäftigten dürften mittelfristig etwa im Gleichschritt mit der Produktivität steigen, weil die Gewerkschaften — anders als im Durchschnitt der achtziger Jahre — voraussichtlich den Reallohnspielraum nutzen werden. Die bereinigte

Lohnquote wird im Prognosezeitraum annähernd stabil bleiben.

Aus der Sicht der Gesamtwirtschaft dürfte Lohndrift kaum auftreten. Die Differenzierung der Lohnentwicklung nach Branchen und Berufen könnte aufgrund der Qualifikationsun-

Löhne und Preise

terschiede und des Zustroms von Ausländern in schlechter bezahlte Tätigkeiten größer werden.

Der Anteil von Langzeitarbeitslosen an der Zahl der Arbeitslosen hat, wie Pichelmann (1989) zeigt, keine lohndrückende Wirkung — im Gegenteil: Ein steigender Anteil von Langzeitarbeitslosen scheint den dämpfenden Effekt der Arbeitslosigkeit auf die Reallöhne zu mildern.

Weder von den Importpreisen noch von den Lohnkosten sind Impulse für eine Beschleunigung des Preisauftriebs zu erwarten. Die Inflationsrate wird in der ersten Hälfte der neunziger Jahre im Durchschnitt knapp unter 3½% pro Jahr liegen.

Literaturhinweise

- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Internationalisierung. Wien 1989.
- Guger, A., Pollan, W., Wüger, M.: Auswirkungen einer EG-Mitgliedschaft Österreichs auf Preise und Kosten. WIFO-Gutachten. Wien 1990.
- Handler, H., Schebeck, F.: Die Finanzmarktintegration und ihre Folgen für Banken, Kapitalmarkt und Kapitalverkehr in Österreich. WIFO-Gutachten. Wien 1990.
- Kramer, H., Stankovsky, J.: „Deutsch-deutsche Währungs- und Wirtschaftsunion. Bestandsaufnahme und mögliche Auswirkungen auf Österreich“. WIFO-Monatsberichte 1990 63(3).
- Lehner, G.: „Bundesvoranschlag 1990: Weiterer Abbau des Defizits“. WIFO-Monatsberichte 1989 62 (12).
- Leo, H., Volk, E.: Technologieszenario 2010. Studie im Auftrag des Wirtschaftsförderungsinstituts der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft 1990 (mimeo).
- Pichelmann, K.: „Unemployment Dynamics. Wage Flexibility and the NAIRU in Austria“. Institut für Höhere Studien. Forschungsbericht 1989 (258).
- Pichl, C.: „Internationale Investitionen. Entwicklungsniveau und Landesgröße“. WIFO-Monatsberichte 1989 62(4).
- Smeral, E.: Tourismus 2000. Analysen. Konzepte. Prognosen. Wien 1990.
- Szopo, P.: Die direkte Wirtschaftsförderung in Österreich: Reformimpulse durch Budget-Konsolidierung und EG-Integration. WIFO-Gutachten. Wien 1990 (erscheint demnächst).